

5. Parlamentarische Initiative von Stefan Geiges, Sonja Wiesmann, Urs Martin und Ruedi Heim vom 4. Dezember 2013 "Öffentliches Beschaffungswesen muss volkswirtschaftliche Effekte stärker berücksichtigen (12/PI 2/195)

Vorläufige Unterstützung

Präsident: Nachdem die Parlamentarische Initiative am 4. Dezember 2013 eingegangen war, hat das Büro gemäss § 43 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung den Regierungsrat zur Stellungnahme zum Verfahren und zum Inhalt eingeladen. Darin hat der Regierungsrat nicht geltend gemacht, dass sich der Vorstoss auf einen Gegenstand bezieht, der schon als Ratsgeschäft anhängig ist, oder dass der Gegenstand vom Regierungsrat als Vorlage vorbereitet und innerhalb des nächsten halben Jahres dem Grossen Rat vorgelegt wird.

Deshalb muss der Grosse Rat nun darüber entscheiden, ob er die Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen möchte. Das Verfahren richtet sich demnach nach § 45 Abs. 1 bis Abs. 3 unserer Geschäftsordnung. Das Wort haben zuerst die Initianten.

Geiges, CVP/GLP: Am 4. Dezember 2013 haben wir die Parlamentarische Initiative eingereicht und die Unterstützung von insgesamt 81 Ratskolleginnen und Ratskollegen erhalten. Wir danken diesen dafür herzlich. Dies ist ein eindrücklicher Beweis dafür, dass im Bereich des öffentlichen Vergabewesens im Kanton Thurgau Handlungsbedarf besteht. Am 11. Februar 2014 stellte uns der Regierungsrat seine Antwort zu, welche in den Fraktionen zu Diskussionen führte. Unseres Erachtens ist unsere Initiative ein wichtiges Signal für den Regierungsrat und die betroffenen Dienststellen. Die Diskussion über die Interpellation von Kantonsrat Peter Gubser zeigt, dass unser Signal angekommen ist. Wir verlangen vom Regierungsrat, dass er seinen rechtlich möglichen Spielraum maximal zugunsten des Thurgauer Gewerbes ausschöpft und dabei nach Möglichkeit auch die Wertschöpfung berücksichtigt. Der Regierungsrat hat uns versichert, dass er unser Anliegen ernst nimmt und ohne Gesetzesänderung nach Möglichkeit befolgen will. Wir nehmen den Regierungsrat beim Wort und werden gegebenenfalls wieder intervenieren. Der Zweck unserer Initiative ist derzeit erfüllt. Im Namen aller Initianten **ziehe** ich die von uns eingereichte Parlamentarische Initiative **zurück**.

Diskussion - **nicht weiter benützt**.

Präsident: Der Initiant erklärt den Rückzug seiner Parlamentarischen Initiative. Ich frage die Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner an, ob sie an der Parlamentarischen Initiative festhalten wollen. Das ist nicht der Fall. Das Geschäft ist somit erledigt.

